



Medienkommentar

Anschlag in St. Petersburg: Zweierlei Maß westlicher Leitmedien



Bisher wurde bei Terroranschlägen wie in Nizza, München, Berlin eine uneingeschränkte Solidarität mit den Opfern bekundet - anders in St. Petersburg. Klagemauer.tv beleuchtet unter diesen, erstmals regierungskritischen, Gesichtspunkten die vergangenen Anschläge in den NATO-Ländern und deren Auswirkungen auf Gesetz und Freiheitsrechte der Bürger - mit verblüffendem Ergebnis...

Ein wissenschaftliches Forschungsprojekt mit dem Namen „Swiss Propaganda Research“ kam zu dem Schluss – ob öffentliches Fernsehen oder Lokalradio, ob Boulevard- oder „seriöse“ Tageszeitung – wenn es um internationale Politik und Kriege geht, berichten die etablierten Medien erstaunlich gleichartig und einseitig. Es wurden massive Propaganda- und Manipulationstechniken zugunsten der Konfliktpartei USA/NATO nachgewiesen. Einzelheiten finden Sie in der Sendereihe "Manipulationstechniken der Medien".

Während bei den vergangenen Terroranschlägen in den NATO-Ländern – ob in Paris (13.11.2015), München (22.7.2016), Nizza (14.7.2016), Berlin (19.12.2016) usw. – eine uneingeschränkte Solidarität mit den Opfern bekundet wurde, hatte die Berichterstattung der westlichen Leitmedien über den jüngsten Anschlag in St. Petersburg einen faden Beigeschmack. Am 3. April 2017 riss eine Explosion in einer U-Bahn ein riesiges Loch in den Waggon. Mindestens 14 Menschen wurden bei dem Anschlag getötet, rund 50 verletzt. Eine zweite Bombe konnte von Sicherheitskräften unschädlich gemacht werden.

Anders als bei Terroranschlägen in den NATO-Länder wurden in den westlichen Leitmedien bereits einen Tag nach dem Anschlag in St. Petersburg regierungskritische Fragen und Stimmen laut: So fragte das Schweizer Radio SRF in den 6.00 Uhr Nachrichten vom 4. April, was dieser Anschlag für die politische Stimmung in Russland heiÙe. SRF-Russlandkorrespondenten David Nauer antwortete wörtlich: „Also wahrscheinlich nichts Gutes, v.a. in liberalen Kreisen gibt es ziemlich große Sorgen oder es wird darauf hingewiesen, dass die Regierung in der Vergangenheit nach fast jedem Terroranschlag die Gesetze verschärft hat. Geheimdienste haben dann jeweils mehr Kompetenzen bekommen, die Freiheiten der Bürger wurden eingeschränkt, und nun fragen natürlich viele, warum der Staat soviel Macht braucht, wenn er seine Bürger doch nicht beschützen kann.“

In einem anderen Beitrag zitierte SRF den deutschen Journalisten Markus Sambale, Russlandkorrespondent der ARD: „Oppositionspolitiker befürchten aber, dass der Anschlag nun zum Anlass genommen wird, die Restriktionen weiter auszubauen. Und gegen jeden vorzugehen, der anderer Meinung ist.“ Obwohl Sambale gleich im nächsten Satz zugab, dass im Moment noch nichts von Restriktionen, sprich freiheitsberaubenden Einschränkungen, zu spüren sei und abgewartet werden müsse, hieß es in der SRF-Schlagzeile: „Oppositionspolitiker haben Angst vor mehr Restriktionen“.

Nur, warum kamen die westlichen Medienleute bei den Anschlägen in den NATO-Ländern nie auf die Idee, solche regierungskritischen Fragen zu stellen und kritische Stimmen zu

Wort kommen zu lassen?

Denn, wie Klagemauer.TV in verschiedenen Sendungen aufzeigte, waren die freiheitsberaubenden Maßnahmen nach Terroranschlägen in den NATO-Ländern nicht zu übersehen und hatten weitreichende Konsequenzen.

Hier einige Beispiele kurz zusammengefasst:

Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 wurden mit dem sogenannten „USA PATRIOT Act“ die Grundrechte des amerikanischen Volkes massiv beschnitten. Nach den Anschlägen in Großbritannien (7.7.2005) wurde sogleich die Überwachungstechnik forciert, in Frankreich (13.11.2015) die Käufe mit Bargeld strikt reglementiert und der Ausnahmezustand verhängt. Nach dem Anschlag in Nizza (14.7.2016) konnte der französische Präsident Hollande den Ausnahmezustand für sein Land – der nach den Anschlägen vom 13. November 2015 verhängt wurde – ohne weiteres verlängern. Nach dem Amoklauf in München (22.7.2016) erließ Bundeskanzlerin Angela Merkel einen Neun-Punkte-Plan, der Vorbereitungen für Militäreinsätze im Inneren sowie ein nochmals verschärftes Waffenrecht beinhaltet. Nach dem Anschlag in Berlin sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel bereits 4 Tage danach (am 23.12.2016) wörtlich: „Dort wo Bedarf für politische oder gesetzliche Veränderungen gesehen wird, werden wir notwendige Maßnahmen in der Bundesregierung zügig verabreden und umsetzen. [...] Wir tun alles Menschenmögliche dafür, dass unser Staat ein starker Staat ist.“

Somit ist zu beobachten, dass den westlichen Regierungen nach Terroranschlägen Mittel und Befugnisse in die Hände gespielt wurden, welche die Freiheiten der Bürger enorm einschränkten.

Warum denn kamen die westlichen Leitmedien nie auf die Idee, die eigenen Regierungen zu hinterfragen, „warum der Staat soviel Macht braucht, wenn er seine Bürger doch nicht beschützen kann“?

Einige amerikanische Medien gingen sogar einen Schritt weiter und spekulierten, dass der Anschlag in der U-Bahn von St. Petersburg ein sogenannter „Inside Job“ gewesen sein könnte. Das meint, dass der Anschlag von „Insidern“ der eigenen (in diesem Fall russischen) Regierung geplant und durchgeführt worden wäre. Jeder Journalist der etablierten Medien, der auf die Idee kommen würde, einen Terroranschlag in den NATO-Ländern als „Inside-Job“ nur schon ansatzweise in Erwägung zu ziehen, hätte seinen Job auf der Stelle los. So erging es zum Beispiel etlichen Journalisten und Professoren im Fall 9/11.

Aber nicht so, wenn es um die russische Regierung geht – offensichtlich wird bei der russischen Regierung mit einem komplett ungleichen Maß gemessen. Sehen Sie nun eine Zusammenfassung des internationalen Fernsehsenders RT über die Reaktionen der internationalen Presse zum Anschlag in St. Petersburg.

Während die Politiker ihr Beileid bekunden haben die internationalen Medien spekuliert. Jedes Mal wenn es einen solch schrecklichen Angriff gab, war er politisch irgendwie vorteilhaft für Putin. Sie gründen die Idee, das Blutvergiessen in der St. Petersburger Metro könnte ein „Inside Job“ gewesen sein. Es gibt die Verschwörungstheorien, dass dies irgendwie von den Sicherheitsdiensten durchgeführt worden sein könnte. Und das alles um die Aufmerksamkeit der russischen Öffentlichkeit von Protesten abzulenken, gegen das was im Allgemeinen „Vladimir Putins Regime“ genannt wird. In den liberalen Medien gab es schnell ein paar Kommentare, dass dies der Versuch einer Ablenkung von den Forderungen nach Ermittlungen wegen Korruption sein könnte und den Forderungen nach einem Rücktritt

Putins selber.

Der Aktivist Richard Black sagte uns, die Berichterstattung der globalen Medien über die Ereignisse in St. Petersburg waren bisher unausgewogen. Es ist traurig: Die Politiker sehen das nur im Grossen und vergessen oder ignorieren dabei die Menschen, die ihr Leben verloren haben oder verletzt worden sind. Wir übersehen die Familien und die Individuen, die angegriffen und getötet wurden. Wir verbinden das mit einer grossen politischen Agenda, noch bevor um die Toten getrauert werden konnte. Einen ganzen Tag über hat niemand etwas darüber gewusst, der erste, der mir etwas davon erzählte, nannte es eine „False Flag Operation“. Ich beschäftige mich jeden Tag mit Politik. Dass ich so viele Menschen kenne, die nichts davon wussten, das zeigt, dass die Mainstream-Medien nicht angemessen darüber berichten. Wenn sie darüber berichten, dann mit einem extrem linken „spin“. Ich bin erstaunt, dass Organisationen wie CNN 2016 buchstäblich damit verbracht haben, Verschwörungstheorien zu widerlegen und jetzt verbreiten sie offen eine Verschwörungstheorie, die Russland betrifft.

Aber das überrascht mich nicht, es zeigt nur weiter ihre Unausgewogenheit bei solchen Ereignissen. Es wird immer Spekulationen geben. Es liegt in der menschlichen Natur nach Mustern zu suchen. Die Menschen wollen die Dinge möglichst schnell verstehen. Wir haben während der letzten Jahre Angriffe in verschiedenen europäischen Ländern gesehen. Es überrascht mich nicht, dass sich jetzt ein Bild abzeichnet und wir einen Eindruck bekommen, wer hinter diesem Angriff stecken könnte. Mehr als wahrscheinlich ist der IS beteiligt. Überraschend ist allerdings wie viele Menschen argumentieren, dass es auch jemand anderes gewesen sein könnte. Was am Montag passiert ist, ist das perfekte Beispiel warum wir zusammenfinden sollten, um das zu besiegen. Das geht schon zu lange so und das finde ich erstaunlich. Die linken Medien werden verbreiten dass das, was die Russen in Syrien gegen den IS tun eine radikale Reaktion ist. In meinen Augen ist sie nicht radikal genug.

von dd.

Quellen:

SRF-Nachrichten HeuteMorgen, 4. April 2017, 06:00 Uhr

<http://www.srf.ch/play/radio/popupaudiooplayer?id=69e0f184-bf0c-4b6e-b86e-20514ae321ca>

<http://www.srf.ch/news/international/oppositionspolitiker-haben-angst-vor-mehr-restriktionen>

<https://deutsch.rt.com/international/48696-nach-anschlag-von-st-petersburg/>

https://www.youtube.com/watch?time_continue=81&v=5a6ibnlquNM

Das könnte Sie auch interessieren:

#Russland - www.kla.tv/Russland

#Terroranschlaege - Terroranschläge - www.kla.tv/Terror-Anschlaege

#Medienkommentar - www.kla.tv/Medienkommentare

Kla.TV – Die anderen Nachrichten ... frei – unabhängig – unzensiert ...



- was die Medien nicht verschweigen sollten ...
- wenig Gehörtes vom Volk, für das Volk ...
- tägliche News ab 19:45 Uhr auf www.kla.tv

Dranbleiben lohnt sich!

Kostenloses Abonnement mit wöchentlichen News per E-Mail erhalten Sie unter: www.kla.tv/abo

Sicherheitshinweis:

Gegenstimmen werden leider immer weiter zensiert und unterdrückt. Solange wir nicht gemäß den Interessen und Ideologien der Systempresse berichten, müssen wir jederzeit damit rechnen, dass Vorwände gesucht werden, um Kla.TV zu sperren oder zu schaden.

Vernetzen Sie sich darum heute noch internetunabhängig!

Klicken Sie hier: www.kla.tv/vernetzung

Lizenz:  *Creative Commons-Lizenz mit Namensnennung*

Verbreitung und Wiederaufbereitung ist mit Namensnennung erwünscht! Das Material darf jedoch nicht aus dem Kontext gerissen präsentiert werden. Mit öffentlichen Geldern (GEZ, Serafe, GIS, ...) finanzierte Institutionen ist die Verwendung ohne Rückfrage untersagt. Verstöße können strafrechtlich verfolgt werden.